



Foto: Rahmat Gul / AP / picturedesk.com

Afghanistan ist nicht sicher

Während österreichische Behörden regelmäßig Abschiebungen nach Afghanistan durchführen, spitzt sich die Lage in dem zentralasiatischen Land dramatisch zu: Im Herbst 2020, etwa zeitgleich mit dem Beginn der Friedensgespräche zwischen afghanischer Regierung und den Taliban im katarischen Doha, nahm eine Terroroffensive von dramatischem Ausmaß ihren Anfang. Vor allem betroffen ist das als sicher geltende Kabul – ein Ende ist nicht in Sicht.

Im Jahr 2019 haben 2.979 Menschen aus Afghanistan in Österreich um Asyl angesucht. Afghanistan ist damit jetzt das Herkunftsland Nummer eins von Asylsuchenden in Österreich – noch vor Syrien. 2018 wurde nicht einmal die Hälfte der Asyl-anträge von Afghan*innen von den österreichischen Asylbehörden positiv entschieden:

Die Abschiebung von afghanischen Schutzsuchenden ist in Österreich gängige Praxis. In ihrem „Heimatland“, in dem viele nur wenige Jahre – manche auch nie – gelebt haben, droht den Abgeschobenen Verfolgung – und nicht selten der gewaltsame Tod.

Gezielte Tötung von Zivilist*innen, darunter viele Kinder

Die Reduktion der in Afghanistan stationierten US-Truppen um etwa die Hälfte, auf 8.600 Soldat*innen bis Juni 2020, hat Milizen wie die Taliban und Daesh/ISKP in eine unheilvolle Machtposition versetzt. Laut der UNO-Mission in Afghanistan (UNAMA) verloren zwischen 1. Januar und 30. September 2020 2.117 Zivilist*innen ihre Leben bei Anschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Unter den Todesopfern waren 553 Kinder.

Nach der höchsten jemals in Afghanistan registrierten Zahl an zivilen Opfern zwischen Juli und September 2019 kann angesichts

eines nur leichten Rückgangs der Opferzahlen im Vergleichszeitraum 2020 von Entspannung keine Rede sein.

Insbesondere da – wie eine Expertin des Afghanistan Analysts Network (AAN) konstatiert – die Reduktion der Opferzahlen bei näherem Hinsehen lediglich aus weniger verletzten Opfern nach Taliban-Angriffen resultiert. Die Zahl der Todesopfer durch Taliban-Angriffe ist dagegen im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen.

Für die meisten zivilen Opfer zeichnen nach wie vor die Taliban verantwortlich (45 Prozent), sieben Prozent aller Angriffe reklamiert der Islamische Staat in der Provinz Korashan (ISKP), der in Afghanistan operierende Ableger des IS, für sich.

Afghanistan gehört nicht nur zu den Ländern mit den weltweit höchsten Raten an durch kriegsrische Handlungen getöteten Kindern, Kinder werden auch als Soldaten rekrutiert. Die Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Milizen in Afghanistan zeigt im Jahr 2020 einen drastischen Anstieg: In den ersten neun Monaten des Jahres wurden 155 Kinder bewaffnet in den Krieg geschickt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 49.

Terror in den Städten

Die bewaffneten Kämpfe zwischen afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban konzentrieren sich auf dichter besiedelte Gebiete, weshalb ihnen besonders oft Frauen und Kinder zum Opfer fallen. Sowohl die Taliban und als auch Daesh/ISKP greifen gezielt Bildungseinrichtungen und Spitäler an und treffen so besonders vulnerable Gruppen.

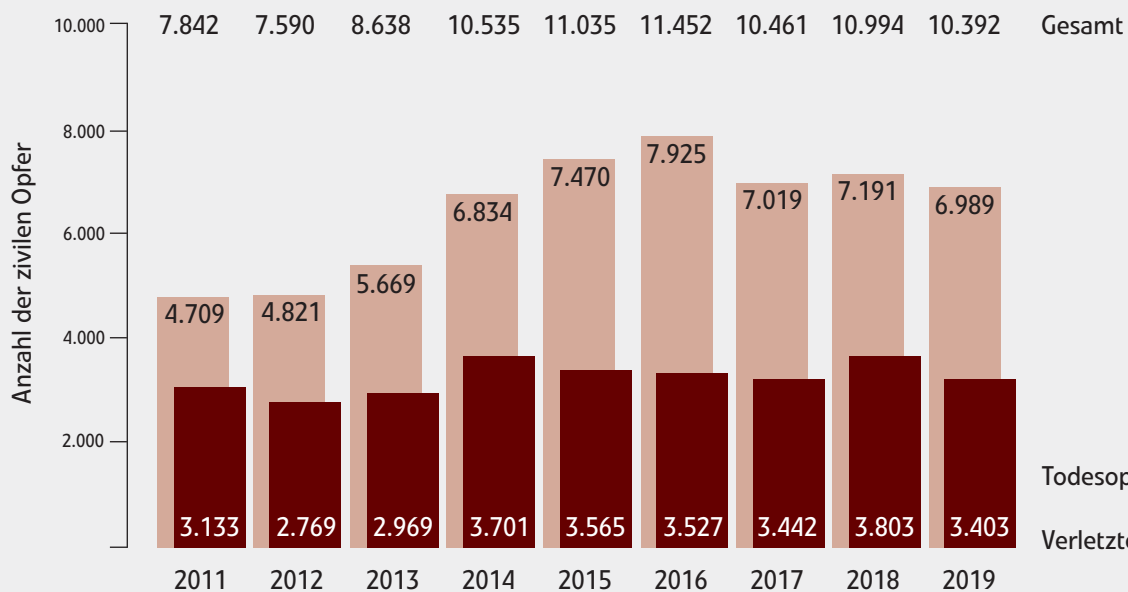


Foto: Rohullah Xinhua / Eyevine / picturedesk.com

Viele überleben verstümmelt, werden nie mehr ein eigenständiges Leben führen können. So riss am 21. November 2020 ein Raketenangriff im Zentrum und im Norden der Hauptstadt Kabul acht Menschen in den Tod, 31 weitere wurden verletzt. Daesh/ISKP reklamierte den Anschlag für sich. Die Raketen trafen wohlhabende Wohngegenden der afghanischen Hauptstadt, unter anderem wurde die Botschaft des Iran getroffen.

Nur knapp drei Wochen zuvor, am 2. November 2020, brachen zwei bewaffnete Männer in die renommierteste Universität des Landes, die Kabul Universität, ein, und richteten laut offiziellen Angaben 22 Studierende hin, 40 weitere wurden verletzt. Laut der Nachrichtenagentur Reuters verloren bei dem Anschlag 35 vorwiegend junge Menschen ihre Leben. Die Taliban wiesen

ZIVILE VERLUSTE IM AFGHANISCHEN BÜRGERKRIEG



Quelle: UNAMA/AAN

– während in Doha weiter Friedensgespräche zwischen ihrer Führung und der afghanischen Regierung liefen – jede Verantwortung für den Anschlag von sich. Aber mehrere Regierungsmitglieder, darunter Vizepräsident Amrullah Saleh, warfen den Taliban vor, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ein ähnliches Muster zeigte der Anschlag am 24. Oktober 2020, auf ein Bildungszentrum im bis dahin als sicher geltenden Westen Kabuls: Ein Selbstmordattentäter tötete 24 Menschen in der Bildungseinrichtung, die meisten von ihnen waren zwischen 15 und 26 Jahre alt. Die Taliban nutzten Twitter, um jede Verantwortung von sich zu weisen, alsbald meldete der Islamische Staat via Telegram, für den Anschlag verantwortlich zu sein. Allerdings ohne dafür Beweise vorbringen zu können.

Militärische Lage

Die Berichte über die Sicherheitslage außerhalb der Städte zeichnen ein düsteres Bild: Im November 2020 kamen binnen kürzester Zeit 23 der insgesamt 34 Provinzen Afghanistans unter Beschuss. Das Verteidigungsministerium Afghanistans macht dafür vor allem die Taliban verantwortlich. Bei den angegriffenen Provinzen handelt es sich sowohl um einige im Westen (Herat, Farah und Badghis) als auch um Provinzen im Norden (Balkh, Kunduz, Badakshan), im Osten (Nuristan, Nangahar) und im Süden des Landes (Helmand, Kandahar).

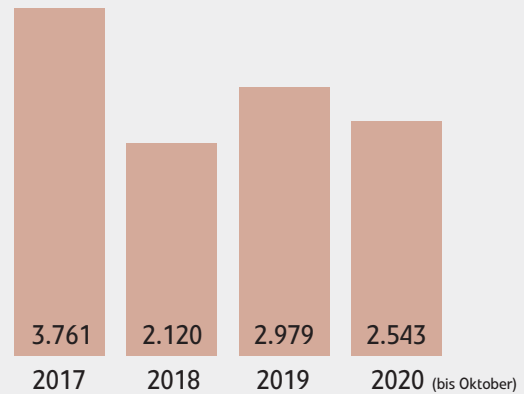
Laut dem US-Taliban-Übereinkommen von Februar 2020 sollen die US-Truppen bis Mai 2021 vollständig aus Afghanistan abgezogen sein. Dass sich der Rückzug der NATO zum Vorteil der radikalislamischen Gruppen in Afghanistan auswirken wird, zeigte sich bereits seit Juni 2020 deutlich, als die US-Soldat*innen in Afghanistan um etwa die Hälfte auf 8.600 reduziert worden waren. Ein Kommandeur der afghanischen Sicherheitskräfte im nördlichen Kunduz äußerte im Herbst 2020 gegenüber einer Analytistin des Afghanistan Analysts Network, dass er sich den Taliban vollkommen ausgeliefert fühlt.

Deshalb mahnt der UN-Generalsekretär in seinem Bericht für den Sicherheitsrat eindringlich vor einem „entsetzlichen Krieg gegen Zivilist*innen, der insbesondere Frauen und Kinder trifft“. Sie erleiden in diesem Krieg, so António Guterres weiter, dauerhafte Behinderungen, schwere Traumata und finanzielle Verluste, die den Menschen jede Zukunftsperspektive nehmen.

Intern Vertriebene und Rückkehrer*innen

Zwischen Mai und September 2020 wurden durch bewaffnete Konflikte und Zerstörungen 19.530 Menschen gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen. Damit sehen sich die afghanischen Behörden mit 112.700 dokumentierten intern Vertriebenen konfrontiert. Die Dunkelziffer eingeschlossen, ist von circa zwei

ASYLANTRAGSZAHLEN AFGHANISCHER STAATSANGEHÖRIGER



Millionen intern Vertriebenen auszugehen. Sie drängen sich in den wenigen Großstädten Herat, Masar-i Sharif und Kabul. Kabul ist von 700.000 EinwohnerInnen in den 1990er Jahren auf ca. fünf Millionen förmlich explodiert.

Dazu kommen seit 2015 jährlich zigtausende Menschen, die aus dem Iran und Pakistan zurückgeschickt werden. Zwar läuft diese Rückführung zum Teil geordnet mit Hilfe von IOM und UNHCR ab, aber für den Großteil der entwurzelten Rückkehrer*innen ist Reintegration so gut wie unmöglich. Allein zwischen 01.01.2020 und 28.11.2020 kamen 789.539 Menschen aus dem Iran und Pakistan nach Afghanistan zurück.

Kein sicheres Land für Abgeschobene

In dieses Land schieben Europäische Regierungen junge Menschen ab. Die Mehrheit der Rückkehrenden hat keine andere Wahl, als in Städten Zuflucht zu suchen. Nicht nur für Kinder, Alte und Kranke, sondern auch für junge, gesunde Erwachsene sind die Umstände lebensgefährlich. Neben Terroristen haben es auch bewaffnete Banden auf die Rückkehrer abgesehen, weil sie annehmen, dass diese aus dem Westen Geld mitbringen. Aber auch medizinische Probleme sind kaum zu lösen. Selbst Hilfe in Notfällen ist mit den 15 (!) verfügbaren Krankenwagen in der Millionenstadt Kabul nicht gewährleistet.

Den österreichischen Behörden gilt das Argument der „internen Fluchtalternative“ (internal flight alternative IFA) als valide für die Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan. Sie könnten ja – so die durchaus kontroverse Position – innerhalb des Landes eine alternative, sichere Heimat finden. Besonders auffallend ist, dass diese Position offensichtlich nicht alle Beamt*innen und Richter*innen in Europa teilen, vielmehr divergiert die Wahrnehmung der Sicherheitslage in Afghanistan stark zwischen den europäischen Staaten: Während in Bulgarien im Jahr 2018 nur sechs

Foto: Rohullah Xinhua / Eyevine / picturedesk.com



Prozent der Geflüchteten aus Afghanistan Asyl erhielten, waren es in der Schweiz im selben Zeitraum 98 Prozent.

In Österreich ist die Zuerkennungsrate seit 2015 deutlich gesunken: Bekamen Geflüchtete aus Afghanistan im Jahr 2017 noch zu 80 Prozent Asyl oder subsidiären Schutz zuerkannt, wurden im Jahr 2019 nur noch 46 Prozent der Asylanträge von Afghan*innen positiv beschieden. Wohl aufgrund dessen befanden sich mit Ende des Jahres 2018 rund 30.000 Verfahren in Österreich in Berufung. Zum Vergleich: Ende des Jahres 2015 waren es 6.300. Ende 2019 waren insgesamt 26.725 Verfahren offen, davon befanden sich 85 Prozent in Berufung.

Die häufigen negativen Bescheide könnten auch damit zu tun haben, dass nach der Unterzeichnung des zynischerweise „Joint Way Forward“ betitelten Abkommens zwischen der EU und Afghanistan im Oktober 2016 abgelehnte Asylwerber*innen leichter abgeschoben werden können. Afghanische Botschaften stellen seither für abgelehnte Asylwerber*innen ohne Papiere Rückreisezertifikate aus. Im Gegenzug erhielt das Land 1,2 Milliarden Euro Finanzhilfen bis 2020.

Afghanistan ist nicht sicher!

In Österreich hat sich 2015 eine starke Zivilgesellschaft organisiert, die solidarisch mit den Geflüchteten ist. Diese Bewegung schafft es seit Jahren, die ärgsten Versäumnisse der Behörden zu lindern. Unterstützer*innen organisierten Lebensnotwendiges

ebenso wie Freizeitaktivitäten. Was aber am meisten zählt: Sie boten menschliche Nähe, ein offenes Ohr für Ängste und Sorgen, ohne dafür Dankbarkeit und Wohlverhalten zu verlangen. Viele dieser Beziehungen bestehen bis heute, junge afghanische Flüchtlinge wurden Teil von österreichischen Familien.

Doch nach Jahren im unentschiedenen Asylverfahren sind nicht nur Geflüchtete, sondern auch ihre österreichischen Freund*innen verzweifelt: Schlaflosigkeit, Panikattacken, Depression bis hin zu Selbstmordgedanken machen sich breit.

Afghanistan ist kein sicheres Land – nicht für seine Bewohner*innen, erst recht nicht für Flüchtlinge und Rückkehrer*innen. Afghanische Geflüchtete müssen deshalb in Österreich weiterhin Aufnahme und Schutz erhalten. Abschiebungen nach Afghanistan verstoßen gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Verbot, Menschen in Länder zurückzuschieben, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht.

FORDERUNGEN

- **Afghanische Flüchtlinge müssen weiterhin Aufnahme und Schutz erhalten**
- **Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und in andere Krisenregionen**
- **Anerkennung von Patenschaften oder ähnlichen familienähnlichen Beziehungen als schützenswertes Privat- und Familienleben**
- **Zugang zu Sprach- und anderen Kursmaßnahmen schon während des Asylverfahrens**
- **Außenpolitisches Engagement zur Beilegung des Konflikts in Afghanistan und anderen Krisenregionen.**

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber:

asylkoordination österreich
Burggasse 81/7, A 1070 Wien

Grafik: Almut Rink für visual affairs

Text: Mechthild Geyer

ADRESSE

asylkoordination österreich
Burggasse 81/7

A 1070 Wien

T +43 1 532 12 91

info@asyl.at

www.asyl.at

SPENDENKONTO

asylkoordination österreich
IBAN AT0814000018 1066 5749
BIC BAWAATWW

asylkoordination
österreich